



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 24831 - 33
Fernschreiber 0066890

P/KIV/136 - 23. Juni 1959

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1	Die neueste Entdeckung des Felix von Eckardt Darf der Kanzler allein Interview geben ?	34
2 - 3	Von Wien nach Hamburg Zur Tagung der Sozialistischen Internationale Von Heinz Putzrath Auslandsreferent beim Parteivorstand der SPD	85
4 - 5	Chruschtschow vor der Skandinavien-Reise Noch kein gutes Besuchsklima Von unserem Korrespondenten in Stockholm, R. Hübner	83
6	Moskau und Pankow zu Genf Maz will unbedingt weiterverhandeln	41
6a	Auf welchem Weg geraten wir ? Von der Schlichtheit zum Lametta	38
7	Professor Dr. Hermann Brill + Ein Baumeister der Demokratie ging von uns	46

* * *
* *

Die neueste Entdeckung des Felix von Eckardt

sp - Vor kurzem schrieb eine grosse westdeutsche Zeitung, der "Fall Adenauer" sei weniger politischer als vielmehr medizinischer Natur. Was an dieser Behauptung richtig ist, wollen wir nicht untersuchen. Dass Herrn Adenauers Art zu regieren, die Institutionen des demokratischen Staates zu unterminieren und mit seiner grossen Partei umzuspringen, nicht "Politik" ist, - jedenfalls nicht demokratische Politik - wissen wir schon lange. Die andere Frage, was es denn nun wirklich ist, kann sicher nicht ohne weiteres ohne Zuhilfenahme von Ärzten beantwortet werden.

Oder können wir mit einem Silberstreifen am politischen Horizont der CDU rechnen? Bundespressechef Felix von Eckardt meinte jedenfalls in der Pressekonferenz am Montag, in der er die Interviews seines Chefs zu bagatellisieren versuchte, es sei durchaus möglich, dass sich das Bundeskabinett mit der Frage beschäftigen werde, ob Interviews für ausländische Zeitungen der geeignete Weg sind, die Ansichten des Kanzlers an die breite Weltöffentlichkeit zu tragen.

Das haut hin, besonders die in Aussicht gestellte "Beschäftigung des Kabinetts mit der Frage". Dabei gibt es jedoch ein kleines Aber. Wir fragen uns, wann Herr Felix von Eckardt und die Mitglieder des Kabinetts entdeckt haben mögen, dass ihr Herr und Meister schon seit Jahren zuerst immer die Weltöffentlichkeit auf dem Wege über Interviews mit ausländischen Zeitungen über seine einsamen Entschlüsse informiert. Das begann 1950 mit der überraschenden Mitteilung, die Bundesrepublik werde 12 Divisionen aufstellen und hörte - vorläufig! - mit den jüngsten Interviews auf, in denen der Kanzler den Staatsmännern der westlichen Verbündeten Zensuren für gutes oder schlechtes Verhalten gegenüber den Russen verteilte.

Aber immerhin: Wenn Herr Felix von Eckardt jetzt glaubt, das Fass laufe über, und wenn sogar die Mitglieder des Kabinetts die einzelnen Teilchen des von Adenauer aufgehäuften Scherbenhaufens betrachten wollen, ist das schon ein Fortschritt. Wir wollen selbstverständlich nicht so weit gehen und fragen, ob die Ankündigung des Herrn Felix von Eckardt gleichbedeutend mit der Überlegung ist, den alten Herrn unter Kuratel zu stellen. Dann sollte man lieber doch gleich einen Arzt nehmen.

Von Wien nach Hamburg

Von Heinz Putzrath

Auslandsreferent beim Parteivorstand der SPD

Durch die Annahme einer "Prinzipienerklärung des demokratischen Sozialismus" im Jahre 1951 haben sich die sozialistischen Parteien der Welt ein festes Fundament geschaffen. Die Schwierigkeiten, vierzig Parteien auf einer solchen Plattform zu vereinen, dürfen nicht verkannt werden. In ihrer Geschichte, in ihren Traditionen, ja in ihren Wurzeln sind die sozialistischen Parteien naturgemäss verschieden gewachsen. Auch die Bedingungen, unter denen sie zu arbeiten haben, variieren von Land zu Land.

Seit der Neugründung der "Sozialistischen Internationale" umfasst diese Organisation nicht nur die traditionellen Arbeiterparteien Europas, sondern hat ihren Einfluss auch auf andere Kontinente ausgedehnt. Jetzt unterscheiden wir nicht nur zwischen Parteien, die in der Regierung, in einer Koalition oder in der Opposition sind, sondern zwischen denen, die völlig verschiedene geistige Grundlagen haben ebenso wie zwischen Parteien, deren Hauptstütze die Industriearbeiterschaft ist oder die sich aus ganz anderen Schichten rekrutieren müssen, wie zum Beispiel in den Entwicklungsländern. Gemessen an diesen vielschichtigen Verhältnissen, sind die sich in der Vergangenheit ergebenden Reibungen gering. Wo sie dennoch auftreten, werden sie offen besprochen - im Gegensatz zur kommunistischen Internationale, wo alles zum Dogma wird und die "Abweichler" terrorisiert werden. Der Sozialismus kann seiner Aufgabe erst gerecht werden, wenn er demokratisch ist; sonst gäbe es keine Grundlage für eine Zusammenarbeit in der Sozialistischen Internationale.

Vom 14. bis 17. Juli werden sich führende Sozialisten aus aller Welt zum 6. Kongress der "Internationale" in Hamburg versammeln. Man wird sich Rechenschaft darüber geben, was bisher geleistet wurde und welches die nächsten Aufgaben sind, die über den nationalen Rahmen hinaus angesteuert werden müssen. Fast 11 Millionen Mitglieder und etwa 60 Millionen Wähler folgen den sozialistischen Parteien. Die Zahl der Wähler mag gering erscheinen, doch vergesse man nicht, dass in vielen Ländern, die früher stolze sozialistische Parteien hatten, heute die Macht der Unterdrückung in mannigfachen diktatorischen Formen waltet und die demokratischen Kräfte in die Illegalität trieb.

Schon seit Jahren sind die Probleme, denen sich der alle zwei Jahre wiederkehrende Kongress der Sozialistischen Internationale gegenüber sieht, die gleichen geblieben. Es gilt die Folgen des Krieges in einer Art zu überwinden, dass die Menschen in allen Erdteilen in Frieden leben können, ohne auf ihre nationale Unabhängigkeit oder ihre Menschenwürde verzichten zu müssen. Es gilt, das Ost-West-Verhältnis

zu entspannen und entsprechende Formen des Zusammenlebens zu finden. Es gilt, sich daran zu erinnern, dass bei aller Notwendigkeit des friedlichen Zusammenlebens der Völker und Staaten, die ideologische und politische Auseinandersetzung zwischen freiheitlichen und totalitären Kräften weitergeführt werden muss. Es gilt, auch im Rahmen dieser Auseinandersetzung, jene überholten Herrschaftssysteme des Kolonialismus zu beseitigen, die Millionen von Menschen ihre elementaren Rechte vorbehalten. Und es gilt, ein vernünftiges Verhältnis zwischen den Ländern zu finden, die erst sehr spät ihre Unabhängigkeit erhielten und jetzt dabei sind, ihre staatliche und wirtschaftliche Ordnung zu formen und den wirtschaftlich weiterentwickelten Industrieländern. Das alles sind Aufgaben, die international gelöst werden müssen und denen die demokratischen Sozialisten ebensolche Bedeutung beimessen, wie dem innenpolitischen Kampf, den jede Partei entsprechend den nationalen Bedingungen und Möglichkeiten ihres Landes allein führen muss.

So wird sich auch der Kongress in Hamburg mit diesen Fragen zu befassen haben. Der Führer der britischen Labour-Party, Hugh Gaitskell, wird das Einführungsreferat über die internationale Lage halten. Dabei wird er sich selbstverständlich auf frühere Entscheidungen der Internationale beziehen können. Der letzte Kongress in Wien 1957 ist in seinen Stellungnahmen den drängenden Fragen nicht gerecht geworden. Dass es Meinungsverschiedenheiten gibt, ist nur allzu verständlich, doch man muss sich nicht scheuen, sie klar auszusprechen. Trotz der Meinungsverschiedenheiten aber über den einzuschlagenden Weg, zu einer Entspannung zu gelangen, ist auf der letzten Generalratssitzung in Brüssel ein hohes Mass an Übereinstimmung erzielt worden. Mit Ausnahme der sozialistischen Parteien Frankreichs und Hollands haben sich alle übrigen für eine Politik des Auseinanderrückens der Machtblöcke ausgesprochen, wie sie besonders von der Labour-Party und der SPD vertreten wird. Auch in der Frage der Abrüstung gibt es heute kaum noch Differenzen. Seit Jahren haben die Parteien der Internationale gefordert, dass die Versuche mit Atombomben sofort eingestellt werden und dass dieser erste Schritt zur Abrüstung nicht von der Lösung anderer politischer Fragen abhängig gemacht werden darf.

Es scheint, dass die entscheidenden Mächte sich allmählich auch dieser Ansicht angeschlossen haben, während es zur Erfüllung der anderen Forderungen noch ein weiter Weg ist. Auch in Hamburg wird es über die Einschätzung der Weltlage und den einzuschlagenden Weg zur Lösung der Probleme verschiedene Auffassungen geben. Diese Meinungsverschiedenheiten werden die Geschlossenheit der Internationale nicht beeinträchtigen können.

Chruschtschow vor der Skandinavien-Reise

Von unserem Korrespondenten in Stockholm, R. Hübner

Die Schaffung eines breiten, von Atomwaffen freien Vorfeldes auch längs der Nordwestgrenze des Sowjetbereiches scheint, nach Chruschtschows letzten Reden zu schließen, sein politisches Hauptanliegen für die Skandinavien-Reise im August zu sein. Die Idee ist nicht neu. Sie könnte gerade in Nordeuropa auf fruchtbaren Boden fallen, denn in diesem Teile der Welt gibt es keine Atomwaffen. Dänemark und Norwegen haben das diesbezügliche Anerbieten der USA abgelehnt, und in Schweden wird die Entscheidung über eine Ausrüstung mit Atomwaffen trotz konservativer Drängen immer wieder hinausgeschoben, weil man hofft, daß die Experten der Atommächte sich in Genf doch noch einigen könnten. Die Sowjetunion braucht nur einer Kontrolle der Atomrüstung zuzustimmen, um in ganz Nordeuropa und auch anderswo das wahnwitzige Atomwaffenrüsten zu unterbinden.

Naive Vorstellungen

Chruschtschow hat aber bis jetzt mit keinem Wort erwähnt, daß in eine atomwaffenfreie Skandinavien- und Ostsee-Zone auch die Sowjetzone Deutschlands, Polen und das Gebiet der von Rußland gleichgeschalteten baltischen Staaten gehören, deren Küste mit sowjetrussischen Abschußrampen für Atomwaffen-Projektile gespickt ist. Der norwegische Ministerpräsident Gerhardsen hatte schon im Januar 1958 dem inzwischen abgeschobenen Bulganin auf die Anregung eines atomfreien Nordeuropa erwidert, es habe in Norwegen Verwunderung erweckt, daß Interesse für einen solchen Gedanken geäußert worden ist, ohne irgendeine Andeutung darüber, inwieweit das Projekt auch in jenem Teile Nordeuropas durchgeführt werden solle, der innerhalb der Grenzen der Sowjetunion liegt. Ein solches Verhalten sei naiv.

Kreml schlecht beraten?

Auch anderweitig waren Chruschtschows Reden in Riga und an anderen Orten wenig geeignet, in Skandinavien ein gutes Besuchsklima zu schaffen. Seine Bemerkung, Dänemark und Norwegen seien "infolge eines Mißverständnisses in den Atlantikpakt geraten", kommt einer Inkompetenz-Erklärung sehr nahe. In Oslo war man schon vorher über die Moskauer Noten wegen der Anlage von NATO-Versorgungslagern in Norwegen verstimmt. Trotz wiederholter ausführlicher Aufklärungen seitens der norwegischen Regierung setzte der Kreml - unter Außerachtlassung normaler diplomatischer Gepflogenheiten - seine Entstellungen und Vorwürfe fort. Moskaus Versuch, antideutsche Stimmungen in Norwegen für seine Zwecke zu mobilisieren, ist in Oslo nicht beachtet worden. In der letzten norwegischen Note an Moskau wurde die korrekte Darstellung der gegenseitigen Beziehungen als eine Voraussetzung für gute Nachbarverhältnisse bezeichnet.

Angesichts derartiger Kontroversen muß man sich fragen, ob Chruschtschow nicht wieder einmal - wie schon so oft - über die Verhältnisse in Skandinavien schlecht unterrichtet worden ist.

Moskau und Helsinki

Chruschtschow pflegt das finnisch-sowjetische Freundschaftsverhältnis als Vorbild hinzustellen. Gleichzeitig aber beschimpft er führende finnische Sozialdemokraten als "Kriegshetzer und Kapitalistenknechte". Diese Angriffe sind nicht nur in Helsinki aufmerksam registriert worden. Man weiß auch in Stockholm, Oslo und Kopenhagen, daß diese unwahren Anschuldigungen von Chruschtschow und seiner Presse gegen besseres Wissen erhoben werden und daß sie den durchsichtigen Zweck verfolgen, der Sozialdemokratie in Finnland die Regierungsfähigkeit zu nehmen. Ohne sie und ohne die Konservativen, die schon früher der Bannstrahl Moskaus getroffen hat, kann nämlich in Finnland bei der gegenwärtigen Mandatverteilung eine demokratische Mehrheitsregierung nicht zustande kommen. In Riga beschränkte sich Chruschtschow darauf, Tanner als Chef einer finnischen Regierung abzulehnen. Da niemand daran denkt, dem Veteranen Tanner eine so aufreibende Aufgabe aufzubürden, könnte Chruschtschows Bemerkung als eine Art Rückzugsgefecht gewertet werden. Es kann trotzdem passieren, daß ihm bei seinem Besuch in Skandinavien gesagt wird, die massiven Druckmittel Moskaus gegenüber Finnland empfinde man als abschreckendes Beispiel.

Trotzdem Fortschritte auf anderen Gebieten

Was Chruschtschow bisher an politischen Auffassungen über Nordeuropa geäußert hat, läßt kaum einen Reiseerfolg erwarten. Günstiger sind die Möglichkeiten, den Warenaustausch und die kulturellen Kontakte Nordeuropas mit dem Sowjetbereiche zu beleben. Mit Schweden und Norwegen ist ein rasch wachsender Warenaustausch vereinbart worden. Das am 1. Juni in Kraft getretene zweijährige dänisch-sowjetische Handelsabkommen beendet einen langen vertragslosen Zustand. Mit Finnland finden gerade jetzt aussichtsreiche Verhandlungen über einen neuen fünfjährigen Rahmenvertrag für den Warenaustausch statt. Auch die kulturellen Beziehungen haben sich in der letzten Zeit gebessert und nehmen dem Eisernen Vorhang zumindest im Kultursektor seinen isolierenden Charakter. Diese Kontakte könnten zweifellos gesteigert werden, wenn durch vorurteilsfreie Aussprachen die politischen Irritationsmomente vermindert werden könnten. Chruschtschow wird sich aber damit abfinden müssen, daß die Demokratie in Skandinavien nicht ein politisches Schlagwort, sondern der Lebensinhalt ist.

+ + +

Moskau und Pankow zu Genf

W.R. - Als der sowjetische Außenminister Gromyko Genf verließ, meinte er, die Konferenzpause bis zum 13. Juli sei nur "eine kleine Unterbrechung". Er hoffe, "daß die Regierungen der Westmächte eine objektive Einstellung zu den Vorschlägen zeigen und keine Hindernisse für die Erzielung eines Übereinkommens schaffen werden".

In ähnlicher Weise sprach sich der Moskauer Rundfunk aus. Trotz der Konferenzpause in Genf sei ein Gipfeltreffen notwendig. Man dürfe auf keinen Fall zurück zum Kalten Krieg und zum Wettrüsten. Zur Regelung der internationalen Probleme und zur Erhaltung des Friedens bleibe nur der Verhandlungsweg. Der Beschluß, die Konferenz zu vertagen, sei gegen die Meinung der Sowjetdelegation gefaßt worden, die den Standpunkt vertreten habe, daß die Verhandlungen fortgesetzt werden müßten. Moskau stellt die Frage, ob sich nicht die gegensätzlichen Standpunkte in vielen Fragen genähert hätten und beantwortet diese dahingehend, daß Annäherungen in den Meinungen über die Einschränkung von Streitkräften und das Verbot über die Stationierung von Atom- und Raketenwaffen in Berlin erzielt worden seien. Desgleichen seien gewisse Übereinkommen über die Einstellung der "Wühlaktivität von Agentenorganisationen in West-Berlin" getroffen worden.

Sowjetische Zeitungen, wie "Iswestija" und "Prawda", äußern sich in ähnlicher Weise und stellen die Frage, was einem Abkommen über die Berlin-Frage weiterhin im Wege stehe.

Die Zonenpresse kommentiert den Ausgang der Genfer Konferenz selbstverständlich in ähnlicher Weise und stellt heraus, daß die "Teilnahme beider deutscher Staaten die Kraft und den Willen der Völker nach internationaler Entspannung und Verständigung gestärkt" habe. Auf einer offiziellen Pressekonferenz der DDR wies Staatssekretär Winzer auf die "historische Bedeutung der Genfer Konferenz für das deutsche Volk" hin, denn "die DDR habe durch die gleichberechtigte Teilnahme eine de facto-Anerkennung erreicht". Die Konferenz biete dem ganzen deutschen Volk, so heißt es weiter, "eine große nationale Chance".

Es ist offensichtlich, daß die Sowjets auf eine Fortsetzung der Konferenz drängen, um einen Weg zu einem für sie akzeptablen Übereinkommen zu finden. In welcher Form die bisher "unverrückbaren Forderungen" verwirklicht werden können - Chruschtschow hat sie anlässlich des Partei- und Regierungsbesuches von Ulbricht und Grotewohl nochmals hervorgehoben -, ist allerdings bisher noch nicht ausgesprochen worden.

+ + +

Auf welchem Weg geraten wir?

H.M. - Der Verteidigungsausschuß des Bundestages wird sich in diesen Tagen mit der Pflege der Tradition in der Bundeswehr befassen. Man könnte es beinahe als Auftakt zur Behandlung dieses Themas bezeichnen, wenn im Bundesgesetzblatt die Anordnung über die Tressen der Unteroffiziere und die Stickerei auf den Mützenschirmen der Marineoffiziere gerade in diesen Tagen veröffentlicht wird.

Mit herzerfrischender Deutlichkeit hat der Bundespräsident vor den Offiziersanwärtern in Hamburg zum Thema "Uniform und Lametta" sich geäußert. Er sprach von dem "bloß Dekorativem" und von der "Messingtradition".

Wir glauben, daß es Zeit ist, einmal ein deutliches Wort zu den Bestrebungen zu sagen, die Soldaten der Bundeswehr wie die Papageien herauszuputzen. Da gibt es schon silbergraue, goldgelbe und blaue Fangeschnüre, die über die Schulter hängen, da gibt es Ärmelzeichen der verschiedensten Arten, da gibt es die ganze Farbenskala der einzelnen Waffengattungen auf den Uniformspiegeln. Da beschwert sich eine Zeitung, daß beim Reitturnier in Hannover das Musikkorps der Bundeswehr nur mausgrau gewesen sei und keine Traditionsuniform der kaiserlichen Zeit getragen habe, sie sei dadurch zur Karikatur geworden. Ein General nimmt sich sogar die Zeit, eine Denkschrift über die Notwendigkeit von Reithosen für die Offiziere und Kolbenringen am Ärmel des Kampniefeldwebels zu verfassen.

Auf welchem Weg geraten wir da eigentlich? Wir meinen, daß Charakter und Gesinnung die Persönlichkeit eines Vorgesetzten in der Bundeswehr bestimmen sollten. Wenn er ein Vorbild an Leistung und Gerechtigkeit ist, benötigt er keine Tressen und keine Stickerei, um sich in seiner Einheit durchzusetzen. Gerade die Schlichtheit der neuen deutschen Uniform hat in der deutschen und in der ausländischen Öffentlichkeit einen guten Eindruck hinterlassen. Diese Schlichtheit wurde häufig als Symbol des neuen Geistes gesehen, der in dieser neuen Armee zu herrschen habe.

Der strahlende Glanz der Uniform sollte in der Vergangenheit unterstreichen, daß der Soldat der privilegierte erste Mann im Staate sei. Dieser Gedanke verträgt sich ganz und gar nicht mit dem Ideal des Staatsbürgers in Uniform, der keine Privilegien hat und will. Wir geben dringend zu bedenken, ob der seit einiger Zeit eingeschlagene Weg überhaupt in unsere Zeit paßt. Ebenso wie verjährten Gesinnungen sollte man auch verjährten Formen den Laufpaß geben, damit nicht mit den antiquierten Formen auch die antiquierte Gesinnung wieder fröhliche Urständ feiert.

+ + +

Professor Dr. Hermann Brill †

sp - Die deutsche Demokratie hat einen schweren Verlust erlitten. Am 21. Juni starb im Alter von 64 Jahren der Professor für Staatsrecht an der Universität Frankfurt, Dr. Hermann Brill. Sein ganzes Leben war dem Kampf um die Verwirklichung des demokratischen Sozialismus gewidmet.

Hermann Brill stammte aus Thüringen. Dort wurde er zunächst Lehrer. Sein drängender Geist führte ihn zum Studium der Rechtswissenschaft, Volkswirtschaft, Soziologie und Philosophie. Mit der Promotion zum Dr. jur. schloss er die Studien ab. Das Kriegserlebnis hatte in Hermann Brill schon in jungen Jahren den Entschluß reifen lassen, praktisch-politisch tätig zu sein. Von 1920 bis 1933 war er eines der führenden Mitglieder des Thüringischen Landtages und wurde 1932 in den Reichstag gewählt. Sofort nach 1933 wurde er von den Nationalsozialisten festgenommen, selbstverständlich aus dem öffentlichen Dienst, dem er als Ministerialdirektor angehörte, entlassen und schließlich 1938 wegen illegaler Tätigkeit gegen die Terrorherrschaft Hitlers zu 12 Jahren Zuchthaus verurteilt. Im Zuchthaus Brandenburg-Goerden und später im Konzentrationslager Buchenwald hat Hermann Brill immer wieder Wege gesucht und gefunden, um die illegale Tätigkeit fortzusetzen. So entstand in Buchenwald im Januar 1944 das in der ganzen Welt bekanntgewordene "Buchenwälder Manifest", jenes Dokument, das nach 1945 als eine der ersten Proklamationen zum Kampf um ein neues demokratisches und sozialistisches Deutschland gewertet wurde.

Nach dem Zusammenbruch wurde Hermann Brill zum Präsidenten des Landes Thüringen ernannt, eine Funktion, die jedoch schon im Juli 1945 infolge des Wechsels der Besatzungsmacht endete. Auch jetzt wurde Hermann Brill wieder verhaftet; diesmal von den Russen. Er konnte nach Westdeutschland entkommen und ließ sich in Wiesbaden nieder, wo er von 1946 bis 1949 als Staatssekretär und Chef der Staatskanzlei der Hessischen Landesregierung wirkte. 1949 zog er als Abgeordneter für Frankfurt in den ersten Deutschen Bundestag ein. Bis vor kurzem übte er außer seinem Lehramt an der Frankfurter Universität und als Dozent an der Verwaltungsschule in Speyer die Funktion eines wissenschaftlichen Beraters bei der Staatskanzlei in Wiesbaden aus.

Es gibt kaum eine nennenswerte politische Entscheidung im Werden der jungen deutschen Demokratie, an der Hermann Brill nicht entweder unmittelbar oder mittelbar als wissenschaftlicher Gutachter mitgewirkt hat. Sein umfassendes Wissen, niedergelegt in zahlreichen politischen und staatsrechtlichen Veröffentlichungen, stellte Hermann Brill immer wieder in die vorderste Reihe jener Männer, die das neue Staatswesen schufen. Trotz eines im Zuchthaus und Konzentrationslager zugezogenen Leidens wurde Hermann Brill nie müde, dieses große Wissen in den Dienst der Allgemeinheit zu stellen. Das erfüllte Leben von Hermann Brill wird seinen vielen Freunden und Schülern stets in dankbarer Erinnerung bleiben, seine vorbildliche Pflichterfüllung Ansporn zum Nacheifern sein.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel